

LAN
3/M

Beschlussantrag

der Landtagsabgeordneten Christoph Wiederkehr, Bettina Emmerling (NEOS) sowie Josef Taucher, Nicole Berger-Krotsch (SPÖ) und David Ellensohn, Nikolaus Kunrath, Jennifer Kickert (Grüne)

betreffend Beteiligung der Stadt Wien am EU-Kommissions-Programm zur Aufnahme von 100 schutzbedürftigen Kindern aus Lagern auf den griechischen Inseln

eingbracht im Zuge der Debatte über Post Nr.3 der 47. Sitzung des Wiener Landtags am

Die Zustände in den Lagern für Asylwerber_innen und Migrant_innen auf den griechischen Inseln sind schon seit Jahren nicht mehr menschenwürdig. Viele haben ihre Eltern verloren, die hygienischen Zustände sind furchtbar, die Menschen leiden anstatt zu leben. Die COVID-19 Pandemie hat diese untragbaren Zustände noch weiter verschärft. Laut UNICEF sind tausende Kinder und Jugendliche in diesen Lagern gefangen. Mittlerweile werden die Zustände aufgrund der Untätigkeit der EU-Mitgliedsstaaten, die auch nach 2015 keine gemeinsame, effiziente Asyl- und Migrationspolitik umgesetzt haben, immer schlimmer

(https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-coronavirus-pandemic-eu-bulletin-1_en.pdf). Anfang Februar forderte der UNHCR die Räumung des Lagers in Moria auf Lesbos

(<https://www.theguardian.com/global-development/2020/feb/11/un-calls-for-urgent-evacuation-of-lesbos-refugee-camp>). Dieses Lager hat die schlimmsten Bedingungen, mit 1.300 Menschen pro

Wasserhahn und ohne Seife. Seit Mitte März appelliert das EU-Parlament an Griechenland, die Lager zu räumen (<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200323IPR75632/refugees-on-greek-islands-urgent-evacuation-to-prevent-spread-of-covid-19>). Auf eine Toilette in Moria kommen in etwa 300 Menschen. Die Lage ist momentan so gefährlich, dass sich die Menschen nachts nicht mehr auf die Toiletten trauen. Für die Europäische Union, die sich in ihrem Vertrag über die Europäische Union auch zu den Grundwerten der Menschenwürde und zur Wahrung der Menschenrechte bekennt, ist das eine Schande.

Die Ausbreitung des Coronavirus ist unter den in den Lagern herrschenden Bedingungen sehr wahrscheinlich: Die rund 40.000 Geflüchteten und Migrant_innen fristen in den Lagern ihr Dasein in unwürdigen Zuständen, ohne genügend medizinische Versorgung oder die Möglichkeit, sich regelmäßig die Hände zu waschen. Alleine im Lager Moria sind aktuell rund 16.000 Menschen, das geht über die eigentliche Kapazität von knapp 3.000 Menschen weit hinaus. Um eine humanitäre Katastrophe auf dem Terrain der Europäischen Union zu verhindern, hätten die Lager schon längstens geräumt werden müssen. Auch die Eindämmung eines tödlichen Virus und die Verhinderung explosiver gesellschaftlicher Spannungen ist ein europaweites Interesse. Am 31. März appellierte der Vorsitzende des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres an alle EU-Staaten, sich solidarisch mit Griechenland zu zeigen und sich bei der Verteilung der Schutzbedürftigen zu beteiligen (<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200330IPR76106/refugees-in-greece-meps-demand-solidarity-warn-about-impact-of-health-crisis>).

Eine erste Verlegung für 1.000 besonders Schutzbedürftige ist durch eine Zusammenarbeit der EU-Kommission mit dem UNHCR, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der griechischen Regierung geplant. Nun wählt ein Programm der EU-Kommission unbegleitete, schutzbedürftige Kinder aus den Lagern aus, überführt sie in spezielle und sichere Unterbringungen nahe Athen und finanziert deren Ausreise in andere EU-Mitgliedstaaten. Ein derartiges Programm entlastet auch das griechische Gesundheitssystem und ermöglicht den ausgewählten Kindern Rettung und Gesundheitsversorgung. Luxemburg hat Kinder

aufgenommen, Deutschland hat bereits 58 Kinder in Sicherheit gebracht und plant insgesamt 350-500 unbegleitete Kinder aufzunehmen.

Am 23. März riefen 150 NGOs in Österreich und der EU in einem dringenden Appell zur sofortigen "Evakuierung der Flüchtlingslager und Hotspots auf den griechischen Inseln auf, um eine Katastrophe inmitten der Covid-19-Pandemie zu verhindern" (<https://orf.at/stories/3159053/>). Innerhalb von drei Tagen lag der Zuspruch zu diesem Appell bei über 300 NGOs, viele unter ihnen sind österreichische zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen (<http://asyl.at/de/info/presseaussendungen/breiteunterstuetzungfuerappellzuevakuierungderlageringriechenland/>). In Österreich appellieren immer mehr Petitionen an ein humanes Vorgehen und Beteiligung an der Aufnahme von Menschen aus den Lagern, was die Bereitschaft widerspiegelt, sich hier der aufgenommenen Kinder anzunehmen.

Unsere Anträge wurden auf Bundesebene abgelehnt. Allerdings hätte auch die Stadt Wien genügend Kapazitäten, um zumindest 100 schutzbedürftige Kinder aus den Lagern in Moria aufzunehmen und zu versorgen, wie dies bereits durch einen Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 30.6.2020 kundgetan worden ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Wiener Landtages folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag fordert die Bundesregierung dazu auf, sich am EU-Programm zu beteiligen, und die ausreichenden Kapazitäten für die Aufnahme von 100 schutzbedürftigen Kindern in Wien aufzuzeigen, um diesen Kindern eine positive Lebensperspektive zu geben.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 31.08.2020

Handwritten signatures:
- *André Berger-Knoll*
- *Michael Neuwirth*
- *Guillaume*
- *Mag. Josef Trautwein*
- *C. Wimmer*
- *fl. W.*

MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN
Eing.: 31. AUG. 2020
PGI-761572-2020-LAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat